

Kundmachung

über die

Auflegung des Wählerverzeichnisses und das Berichtigungsverfahren

Das **Wählerverzeichnis** für die Landtagswahl am 24. November 2024 liegt
von **14. Oktober 2024** bis einschließlich **18. Oktober 2024**
täglich (zumindest an einem Werktag auch in der Zeit zwischen 17 Uhr und 20 Uhr)

Montag bis Freitag von **07.30 bis 12.00 Uhr**

Dienstag von **17.00 bis 20.00 Uhr**

zur öffentlichen Einsicht auf.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis ist zu den oben genannten Zeiten im
Gemeindeamt Gersdorf an der Feistritz möglich.

Innerhalb des Einsichtszeitraums kann jede Person in das Wählerverzeichnis Einsicht
nehmen.

Innerhalb des Einsichtszeitraums kann jede Staatsbürgerin oder jeder
Staatsbürger unter Angabe des Namens und der Wohnungsanschrift gegen das
Wählerverzeichnis schriftlich oder mündlich einen Berichtigungsantrag stellen. Die
Antragstellerin oder der Antragsteller kann die Aufnahme einer wahlberechtigten Person
in das Wählerverzeichnis oder die Streichung einer Person, die nicht wahlberechtigt ist,
aus dem Wählerverzeichnis begehren.

Die Berichtigungsanträge müssen beim Gemeindeamt noch vor Ablauf des
Einsichtszeitraums (18. Oktober 2024) einlangen.

Berichtigungsanträge sind, falls sie schriftlich eingebracht werden, für jeden
Berichtigungsfall gesondert zu überreichen. Hat der Berichtigungsantrag die Aufnahme
einer vermeintlich wahlberechtigten Person zum Gegenstand, so sind auch die zur
Begründung des Berichtigungsantrages notwendigen Belege, insbesondere das von der
vermeintlich wahlberechtigten Person ausgefüllte Wähleranlageblatt (Muster Anlage 1
des Wählerevidenzgesetzes 2018, BGBl. I Nr. 106/2016, idgF.), anzuschließen. Wird im
Berichtigungsantrag die Streichung einer vermeintlich nichtwahlberechtigten Person
begehrt, so ist der Grund hierfür anzugeben. Alle Berichtigungsanträge, auch mangelhaft
belegte, sind von den hiezu berufenen Stellen entgegenzunehmen und weiterzuleiten.
Ist ein Berichtigungsantrag von mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern
unterzeichnet, so gilt, wenn keine zustellungsbevollmächtigte Person genannt ist, die an
erster Stelle unterzeichnete Person als zustellungsbevollmächtigt.

Wer offensichtlich mutwillig Berichtigungsanträge stellt, begeht eine
Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer
Geldstrafe bis zu 218 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis
zu zwei Wochen, zu bestrafen.

Kundmachung
angeschlagen am: 10.10.2024

abgenommen am:



Die Bürgermeisterin / Der
Bürgermeister: